

## NEHAMMER PLÄDIERT FÜR EUROPÄISCHEN VORBEREITUNGSRAUM FÜR UKRAINE UND PRÄZISIERT VORSCHLÄGE

---

Bundeskanzler Karl Nehammer spricht sich erneut für einen **Zwischenschritt zwischen Zusammenarbeit und EU-Vollbeitritt** für Staaten wie die Ukraine oder die Moldau aus. In diesem Zusammenhang spricht der Bundeskanzler explizit von einem **europäischen Vorbereitungsraum** zur Annäherung an die Standards der EU ähnlich der EFTA und des EWR.

**Bundeskanzler Karl Nehammer** betont, „*Uns eint das gleiche Ziel, wir alle wollen eine starke, unabhängige und wirtschaftlich erfolgreiche Ukraine. Derzeit kämpft die Ukraine um ihr politisches und territoriales Überleben. All unsere Anstrengungen gelten in erster Linie der Beendigung des russischen Angriffskrieges. In so einer Phase kann ein schneller Vollbeitritt zur Union ohnehin kein akutes Thema sein. Wir müssen aus der aktuellen Debatte über einen ukrainischen EU-Beitritt die Emotion rausnehmen und dieselben Maßstäbe anwenden, die auch bei anderen Beitrittswerbenden aus dem Westbalkan zur Anwendung kommen. Ein schneller Vollbeitritt der Ukraine ist aus meiner Sicht nicht realistisch. Wir sollten einen europäischen Vorbereitungsraum schaffen, der es ermöglicht, die Zusammenarbeit mit der EU Schritt für Schritt zu stärken und sich immer besser an die europäischen Standards anzupassen. Wir Österreicher haben dies jahrzehntelang gemacht mit europäischen Freihandelsabkommen, bevor wir 1995 EU-Mitglied geworden sind. In der aktuellen Debatte geht es viel zu sehr um Entweder Oder. Es wird zu wenig über praktische Möglichkeiten nachgedacht, die eine enge Anbindung an die EU in vielen Bereichen ermöglichen und die Ukraine wirtschaftlich stärken. Genau das braucht es jetzt aber. Ich unterstütze daher auch die interessante Idee von Emmanuel Macron, eine „Europäische Politische Gemeinschaft“ einzurichten.*“

Laut Bundeskanzleramt sei ähnlich der französischen Vorschläge eine **enge und schrittweise Kooperation der EU mit der Ukraine** insbesondere in folgenden Bereichen möglich. Außenminister Alexander Schallenberg und Europaministerin Karoline Edtstadler sind mit diesen Vorschlägen bereits an die EU-Partner herangetreten:

- **Handel** (neben Warenverkehr vor allem auch Dienstleistungsverkehr)
- **Energie- und Klimapolitik** (insb. Speicherung von Gas, Erneuerbare Energieträger und Wasserstoff)
- **Verkehr** (insb. grenzüberschreitender Straßenbau)
- **Wissenschaft und Bildung** (z.B. Erasmus, Horizon Europe)
- **Ernährungssicherheit**

- **Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik** (GASP) sowie Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU (insb. Teilnahme an EU Missionen und Operationen; enge Koordinierung der Außen- und Sicherheitspolitik)

Fortschritte in diesen Bereichen **ermöglichten auch eine bessere Bekämpfung der Korruption** und mit schrittweisen Fortschritten dabei sei auch mehr Zugang zu EU-Fördermitteln möglich, so das Bundeskanzleramt. Die **Kooperation** könne letztlich jener im Rahmen der **EFTA**, der Österreich als Gründungsmitglied seit 1960 angehört habe, und dem **EWR gleichen**.